

Beschluss Bildungsticket Sachsen-Anhalt

Gremium: LPT
Beschlussdatum: 29.06.2019
Tagesordnungspunkt: 6. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Deutschland wartet auf die Verkehrswende. Ein attraktiver und moderner
2 Öffentlicher Personennahverkehr wird ein wesentlicher Bestandteil einer
3 Mobilität sein, die sich den Herausforderungen der Zeit stellt. In den Städten
4 im Land kann funktionierender ÖPNV die Zahl der privaten PKW verringern helfen
5 und so zu besserer Luft und mehr Raum für die Menschen beitragen, auf dem Land
6 sichert er die Mobilität vor Allem für die Älteren und die Jüngeren. Besonders
7 in den dünner besiedelten ländlichen Räumen ist ein attraktiver Nahverkehr
8 Standortfaktor: er sichert Einkaufs- und Schulwege. In Sachsen-Anhalt ist der
9 Schüler*innenverkehr bis zur 10. Klasse kostenfrei, für die Beförderung von
10 Azubis hat sich die Koalition auf die Einführung eines Azubi-Tickets geeinigt.

11 In verschiedenen Bundesländern (u.a. Hessen und Berlin) sind auf Initiative von
12 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den letzten Monaten erfolgreich landesweite
13 Schüler*innentickets eingeführt worden. An diesen Erfolg wollen wir in Sachsen-
14 Anhalt anknüpfen und eine abgestimmte Regelung für die gesamte Zeit der Schul-
15 und Ausbildung vorschlagen.

16 Wir fordern die Landesregierung auf, ein Landesbildungsticket zu entwickeln und
17 mit den Landkreisen und kreisfreien Städten und den Unternehmen des öffentlichen
18 Nahverkehrs die Bedingungen für eine zeitlich und innerhalb Sachsen-Anhalts
19 räumlich unbeschränkte Jahreskarte für alle Schüler*innen jeder Klassenstufe,
20 Auszubildende, Studierende und Teilnehmende an Freiwilligendiensten in Sachsen-
21 Anhalt auszuhandeln. Diese Landesbildungsticket soll im bisherigen
22 Geltungsbereich der kostenfreien und unterstützten Schülerbeförderung (siehe §
23 71 Abs.2 und Abs. 4a SchulG LSA) weiterhin zu den bisher geltenden Bedingungen
24 angeboten werden. Darüber hinaus soll ist das Ticket kostenfrei zur Verfügung zu
25 stellen.

26 Dafür braucht es eine ÖPNV-Reform, die unterschiedlichste Preise und
27 Beförderungsstandards unter den Landkreisen beseitigt, ein möglichst
28 einheitliches Beförderungssystem mittels Verkehrsverbünde schafft und den
29 Aufgabenträger*innen mehr Möglichkeiten zur Mittelsteuerung gibt. Denn auch beim
30 ÖPNV gilt das Subsidiaritätsprinzip: so weit wie möglich sollen die
31 Herausforderungen auf der untersten Ebene - hier der kommunalen Ebene -
32 angegangen werden. Denn nur vor Ort und mit den Bürger*innen zusammen kann ein
33 ÖPNV entwickelt werden, der an die individuellen Bedürfnisse der Menschen in der
34 Region angepasst ist.

35 Dort, wo es bereits funktionierende und anerkannte Ticketsysteme für Studierende
36 im Sinne eines Semestertickets gibt, soll das Bildungsticket nicht zwangsläufig
37 greifen. Dennoch soll auch für diese Studierenden das Bildungsticket fakultativ
38 verfügbar sein.